

# 2200 Bürger ohne gültigen Personalausweis

Rat diskutiert lebhaft über Sanktionierungen, die „Iserlohner“ beklagen sich über einen „Maulkorb“

Von Stefan Drees

**Iserlohn.** Fangen wir mal mit einer Frage an: Ist Ihr Personalausweis noch gültig? Fakt ist jedenfalls, dass derzeit rund 2200 Iserlochnerinnen und Iserlochner nicht über einen gültigen Personalausweis verfügen. Dass ist ein Ergebnis einer Nachfrage der Fraktion Die Linke. Ein ausschlaggebender Grund für dieses Problem sind nach Ansicht der Fraktion die „exorbitant gestiegenen Kosten“ für das Ausweisdokument, aktuell betragen diese 28,80 Euro zuzüglich Kosten für das Lichtbild. Anstoß nehmen die Linken insbesondere daran, dass die Stadtverwaltung das Problem mit zusätzlichen Kosten in Form von Bußgeldern zu lösen versuche.

## Ermessensspielraum bei schlüssiger Begründung

Am Dienstag im Rat ließ Linken-Fraktionschef Oliver Ruhnert den Hinweis auf entsprechende Bundesgesetze nicht gelten. Die Verhängung von Bußgeldern sei nur als Kann-Bestimmung verankert, diese würden aber nicht zwingend vorgeschrieben. Ruhnert sagte zugleich aber auch, dass sicherlich irgendwann sanktioniert werden müsse, er regte eine Karenzzeit an, in der Bürger Gelegenheit hätten, ihr Versäumnis zu heilen. Ressortleiter Christian Eichhorn sagte dazu, dass



Vertreter der Wählergemeinschaft „Die Iserlohner“ hielten zu Beginn der Ratssitzung ein Plakat hoch. Sie kritisieren die neue Handhabung von Einwohnerfragen.

FOTO: STEFAN DREES

nur in Fällen sanktioniert werde, in denen ein Personalausweis bereits seit einem Jahr abgelaufen sei. Pro Woche, so Eichhorn, gebe es einen solchen Fall. Im Vergleich zu Nachbarstädten, die teilweise dreistellige Beträge aufrufen, würden auch deutlich geringere Bußgelder verhängt (30 Euro, 50 Euro, wenn der Ausweis bereits länger als vier Jahre abgelaufen ist). Es gebe aber auch Ermessensspielräume, beispielsweise dann, wenn das Versäumnis

sehr nachvollziehbar begründet werden könne. Harald Eufinger regte an, Bürger, deren Personalausweis abläuft, anzuschreiben, das gehöre zu einem vernünftigen Bürgerservice.

Hans Immanuel Herbers (UWG-Piraten) befand die Debatte für überzogen. „Wir haben es hier nicht mit Staatsterror gegen arme Leute zu tun“, vielmehr sei es eine selbstverständliche Bürgerpflicht, über ein gültiges Ausweisdokument zu

verfügen.

Auf den Zuhörerrängen hatte sich übrigens die Wählergemeinschaft „Die Iserlohner“ auffällig mit grünen Shirts postiert. Außerdem wurde zeitweise ein Plakat mit der Aufschrift „Maulkorb für die Iserlohner“ hochgehalten. Damit wollte die Wählergemeinschaft gegen die Entscheidung des Rates vom Mai, Einwohnerfragen nicht mehr in Rats- oder Ausschusssitzungen zu behandeln, protestieren. Begründet

worden war die Entscheidung damit, dass es sinnvoller sei, alle Einwohnerfragen im Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden zu bündeln. Konkret kritisierten die „Iserlohner“, dass eine Anfrage von Anfang Oktober zur Parkplatzdebatte am Seilersee nicht auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung vom 7. November gesetzt worden sei. Dadurch würden Anfragen ihren aktuellen Bezug verlieren. Dass die Beantwortung erst in einer späteren Sitzung des Ausschusses für Bürgeranregungen und Beschwerden erfolgen soll, begründete die Verwaltung damit, dass durch die Herbstferien einige wichtige Ansprechpartner nicht zur Verfügung gestanden hätten und einige der Fragen sich auf Komplexe bezogen hätten, die sich noch in der Faktenermittlung und Entscheidungsfindung befinden würden.

## Kapelle im Ortlohnpark soll erhalten bleiben

Baudezernent Thorsten Grote konnte in der Ratssitzung Neuigkeiten zur Kapelle im Ortlohnpark mitteilen. Die Evangelische Kirche, so Grote, habe inzwischen zugesichert, dass das Gebäude in jedem Falle erhalten bleibe. Beschädigungen, die im Zusammenhang mit der umfangreichen Bautätigkeit in dem Bereich entstanden seien, würden beseitigt.